

Stellungnahme des Zentrums für Arbeit und Politik

Mit den geplanten Einsparmaßnahmen unternimmt die Universität einen massiven Eingriff in den vertraglich geregelten Kooperationsbereich "Arbeitnehmerkammer Bremen - Universität Bremen", der aus dem Institut für Arbeit und Wirtschaft und dem Zentrum für Arbeit und Politik besteht.

Das Zentrum für Arbeit und Politik ist ein zentraler Akteur der Öffnung der Universität zur bremischen Gesellschaft. Durch seine Weiterbildungs-, Beratungs- und Forschungsvorhaben ist es in Bremen stark vernetzt und trägt zum Wissenstransfer in Stadt und Region bei. Das Zentrum stellt eine der letzten Instanzen des Bereichs der Arbeitsweltorientierung an der Universität dar. Es ist ständiger Ansprechpartner von Gewerkschaften, Kammern und zahlreichen bremischen Betrieben sowie senatorischen Dienststellen und öffentlichen Einrichtungen. Aus diesen Kooperationszusammenhängen erwachsen eine Vielzahl von drittmittelfinanzierten Forschungsvorhaben. Diese Form des Miteinanders ist durch die vorgesehen Konsolidierung in Frage gestellt.

Das Zentrum für Arbeit und Politik führt mit dem Ein- und Zwei-Jahres-Kurs zwei etablierte bundesweit einzigartige Bildungsformate der politischen Erwachsenenbildung durch. Mit den geplanten Einsparmaßnahmen entzieht die Universität Bremen diesen Angeboten die Grundlage und beraubt sich damit leichtfertig eines wichtigen Zugangs zur Universität für nicht traditionell Studierende.

An der Universität kursieren Gerüchten, dass bislang nur die Fachbereiche zur Konsolidierung des Universitätshaushaltes beigetragen hätten. Im Gegensatz zu anderslautenden Behauptungen hat das Zentrum für Arbeit und Politik in den zurückliegenden vier Jahren 1/3 seines zentralfinanzierten Personals eingebüßt. Dies entspricht mindestens einer Einsparsumme von 200.000€ p.a.